

**Bildungspolitische Wahlprüfsteine der
Landeschüler*innenvertretung NRW
zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 14.05.2017**

- sortiert nach Parteien -

Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU)

1. Was läuft nach Auffassung Ihrer Partei im nordrhein-westfälischen Schulsystem falsch?

Antwort:

Der Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule droht unter Rot-Grün zunehmend aus dem Blick zu geraten. Leistungsansprüche durch Lehrkräfte wirken motivierend auf Schülerinnen und Schüler. Lehrerinnen und Lehrer dürfen allerdings weder auf die rein funktionale Vermittlung von Kompetenzen und Fähigkeiten noch auf bloße Beratung bei Lernprozessen reduziert werden. Eine Verengung des Lehrerbildes auf die Funktion eines bloßen „Lernbegleiters“ verkennt solche elementaren Zusammenhänge und privilegiert oftmals einseitig Kinder und Jugendliche aus bildungsaffinen Familien, die selbständiges Lernen und Arbeiten gewohnt sind. Umgekehrt werden häufig solche Schülerinnen und Schüler benachteiligt, die aus eher bildungsfernen Familien stammen und Lehrerinnen und Lehrer als Orientierungspersönlichkeiten benötigen, um selbst ihre Lern- und Wissenspotenziale entwickeln und optimieren zu können.

Bildungsunterfinanzierung

2. Was wird Ihre Partei in der NRW-Landesregierung gegen die chronische Unterfinanzierung des Bildungssystems in NRW unternehmen?

3. Wie möchten sie die Kommunen in NRW bei der Sanierung ihrer Schulgebäude unterstützen?

4. Wie steht Ihre Partei zu der Forderung der LSV NRW, ein landesweites kostenloses Schüler*innenticket einzuführen?

5. Planen Sie, die Finanzierung der Schulsozialarbeit auch für die Zukunft sicherzustellen?

6. Wie möchte Ihre Partei den immensen und strukturellen Lehrer*innenmangel an NRWs Schulen bekämpfen?

7. Wie steht Ihre Partei zum Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich?

Antwort:

Die CDU ist der Auffassung, dass durch eine bessere Steuerung Spielräume innerhalb des Schuletats erwirtschaftet werden können, um Inklusion und Integration besser umsetzen zu können. Darüber hinaus ist es wünschenswert, dass weitere Spielräume im Gesamthaushalt geschaffen werden können, um in den kommenden Jahren weiter in den Bildungsbereich investieren zu können. Das trifft insbesondere auf Inklusion und Integration zu. Wir werden die Schulsozialarbeit stärken. Sie soll in Kooperation mit der kommunalen Jugendhilfe die Schulen und ihre Lehrkräfte in ihren pädagogischen Aufgaben unterstützen. Ihren Ausbau werden wir vorrangig in sozial schwachen Regionen voranbringen und dafür sorgen, dass die Schulsozialarbeit bei Bedarf für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer Einordnung in die Strukturen der Sozialgesetzgebung, zugänglich ist.

Zustand und Ausstattung der nordrhein-westfälischen Schulen sind in einem bedenklichen Zustand. Lediglich 15 Prozent aller Schulgebäude im Land gelten derzeit als baulich vollkommen in Ordnung. Der geschätzte Sanierungsstau beläuft sich auf mehrere Milliarden Euro. Zwar handeln die Kommunen als Schulträger hier eigenverantwortlich, doch trägt die Landesregierung für die eingetretenen Zustände sehr wohl Mitverantwortung. Obwohl der Landeshaushalt seit 2010 um mehr

als ein Drittel angewachsen ist, verharrt die für den Schulbau vorgesehene Investitionspauschale des Landes auf dem mittlerweile völlig unzureichenden Niveau von 600 Millionen Euro. Wir werden in der Landesregierung unsere Verantwortung für die Schulgebäude im Land ernst nehmen und ein verlässlicher Partner für Kommunen und Schulen sein. Dazu gehört eine regelmäßige und angemessene Erhöhung der Investitionspauschale, um den Investitionsstau wirksam und nachhaltig abzubauen. Denn dauerhafter Lernerfolg ist auch vom Umfeld und der Ausstattung der Räumlichkeiten in den Schulen abhängig.

G8, G9 und IGGS

8. Bleibt G8 in seiner jetzigen Form unter Ihrer Landesregierung bestehen? Wenn nein, wie würde unter Ihrer Landesregierung das System der weiterführenden Schulen in NRW aussehen?

9. Wie bewerten Sie das Konzept der Inklusiven Ganztags Gesamtschule (IGGS) und der flexiblen Oberstufe der Landeschüler*innenvertretung NRW?

10. Fordert Ihre Partei eine nachhaltige und deutliche Senkung der maximalen Klassengröße an weiterführenden Schulen und wie sähe diese aus?

11. Wie steht Ihre Partei zum aktuell laufenden Volksbegehren "G9 jetzt!"?

12. Wie steht Ihre Partei zum verpflichtenden Ganzttag mit Freizeitangeboten für alle Schüler*innen und wie sollte ein solcher Ganzttag Ihrer Meinung nach aussehen?

13. Möchte Ihre Partei, dass außerschulisches Engagement stärker anerkannt und wertgeschätzt wird? Wie kann diese stärkere Wertschätzung in Ihren Augen erreicht werden?

14. Wie kann man Schüler*innen mehr Freiräume für soziales und politisches Engagement ermöglichen?

Antwort:

Wir wollen G8 und G9 gleichberechtigt im Schulgesetz verankern und die pädagogische Freiheit der Gymnasien stärken. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, individuell entsprechend ihrer Schülerschaft und auch mit Blick auf die örtlichen Bedingungen ihren zukünftigen Bildungsgang zu gestalten. Gymnasien, bei denen G8 gut umgesetzt ist und wo die Eltern mit dieser Umsetzung zufrieden sind, können ihren Weg konsequent weitergehen.

Gymnasien, an denen der Wunsch nach einer Rückkehr zu G9 überwiegt, sollen die Möglichkeit dazu erhalten. Die einmalige Entscheidung für G9 soll so schnell wie möglich gefällt werden können, muss aber nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt erfolgen.

Die Neugestaltung des G9 darf sich nicht am bisherigen G8-Bildungsgang orientieren, denn das würde zu einem unechten G9 führen. Unser Konzept für die Neugestaltung eines echten G9 zielt vor allem auf eine Verbesserung der Qualität der Gymnasien.

Wir werden die Verdichtung des Unterrichtsstoffes in der Mittelstufe auflösen, indem wir die Jahreswochenstunden auf 180 reduzieren.

Die zweite Fremdsprache wird wieder erst ab der 7. Klasse unterrichtet.

Zur besonderen Förderung von starken und schwächeren Schülern werden wir zusätzliche Stundenkontingente schaffen.

Zudem werden wir die Lehrpläne und Stundentafeln für die Gymnasien mit dem Ziel überprüfen und überarbeiten, die Fachlichkeit des Unterrichts zu stärken.

Auch werden wir zur Vergabe der mittleren Reife nach der Sekundarstufe I in Klasse 10 zurückkehren.

Für Gymnasien mit G9-Bildungsgang werden wir die Möglichkeit des Überspringens einer Klasse für Schülerinnen und Schüler, die entsprechende Leistungen erbringen, erleichtern und verbessern. Wir erkennen die Notwendigkeit einer Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, die wir durch verbesserte Förderkonzepte für Schulwechsler auf das Gymnasium erreichen wollen.

Für uns stehen Halbtags- und Ganztagsunterricht gleichwertig und gleichberechtigt nebeneinander. Das oberste Gebot ist das Prinzip der Wahlfreiheit für Eltern und Schüler. Einen verbindlichen „Ganztag für alle“ lehnt die CDU Nordrhein-Westfalen entschieden ab. Deshalb treten wir dafür ein, dass sämtliche Schulformen als Halbtags- wie als Ganztagsvariante zur Verfügung stehen. Ganztags- und Halbtagszüge sollen, wenn die notwendigen baulichen wie personellen Voraussetzungen vorhanden sind, dabei prinzipiell auch parallel an einer Schule geführt werden können.

Bei der Ausgestaltung von Ganztagsangeboten gilt es zu berücksichtigen, dass die Möglichkeit für außerschulische Aktivitäten, wie z. B. religiöser, sportlicher, künstlerischer, musischer oder therapeutischer Art, erhalten bleibt. Gleichzeitig müssen Strukturen etabliert werden, die es den Trägern der außerschulischen Freizeitangebote erleichtern, im Rahmen des schulischen Ganztags mitzuwirken.

Wir sind sicher, dass flexible Lösungen den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und den Möglichkeiten der einzelnen Schulen entgegenkommen.

Beteiligung Jugendlicher und Stärkung von SV-Arbeit / Mitbestimmung

15. Wie steht Ihre Partei zum allgemeinpolitischen Mandat von Schüler*innenvertretungen?

16. Wird Ihre Partei sich für die flächendeckende Einführung von beratenden Sitzen in kommunalen Schulausschüssen für Bezirksschüler*innenvertretungen stark machen?

17. Gäbe es unter Ihrer Regierung mehr finanzielle Förderung für Schüler*innenvertretungen, Bezirksschüler*innenvertretungen und politische Jugendarbeit? Was halten Sie von einer Förderung für SVen in Höhe von 500,- € pro Schule und Schuljahr?

Antwort:

Die Aufgabe der Schülerinnen- und Schülervertretungen ist unserer Auffassung nach, sich um die Belange der Schüler und Schülerinnen zu kümmern. Hier geht es vor allem darum, in den Schulen in Zusammenarbeit mit den Lehrern, die Situationen und Gegebenheiten aus Sicht der Schüler zu verändern und zu verbessern. In der Regel wissen Betroffene besser, was sie brauchen.

Erhöhungen von finanziellen Mitteln hängen von der finanziellen Situation des Landes ab. Sollte es die Haushaltslage in Nordrhein-Westfalen zulassen, ist eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die Schülerinnen und Schülervertretungen wünschenswert.

Digitalisierung des Bildungssystems

18. Was bedeutet für Ihre Partei die Digitalisierung der Schulen und welche Priorität sehen Sie darin?

19. Wie stehen Sie zum "Bring Your Own Device"-Konzept?

Antwort:

Wie in vielen anderen Politikfeldern hinkt Nordrhein-Westfalen auch bei der digitalen Bildung hinterher. Wir Christdemokraten wollen, dass digitale Technologien in sämtlichen Lebensbereichen und auf allen Bildungswegen nicht nur instrumentell verstanden werden. Wir werden deshalb die neuen Verbindungsmöglichkeiten sowohl im Rahmen der Forschung also auch bei der Integration in die bereits existierenden Lehrangebote vorantreiben.

Wir unterstützen den von der Bundesregierung vorgeschlagenen DigitalPakt#D, der vorsieht, dass alle Schulen in Deutschland mit digitaler Ausstattung versorgt werden und werden die für NRW vorgesehenen Mittel zu 100 Prozent an die Schulträger weiterleiten. Unser Ziel ist, dass Schulabgänger über eine tiefgreifend technologische Beurteilungskompetenz verfügen.

Wir werden bei der Mittelausstattung der Schulen neue Wege gehen, um allen Schülern möglichst gleiche Lernbedingungen zu ermöglichen. Dabei werden Bring-Your-Own-Device-Konzepte ebenso eine Rolle spielen wie Sponsoring und eine Neukonzeptionierung der Schulpauschalen.

Bildungsgerechtigkeit / Durchlässigkeit des Bildungssystems

- 20. Sind Bildungsgerechtigkeit und eine zukunftsfähige Schule für Ihre Partei mit dem dreigliedrigen Schulsystem vereinbar? Warum (nicht)?**
- 21. Wie kann es gelingen, dass die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen nicht mehr von der sozialen Herkunft der Eltern abhängen?**
- 22. Möchte Ihre Partei an den aktuell bestehenden Ziffernoten zur Bewertung von schulischen Leistungen festhalten? Was wäre ihr mögliches Alternativkonzept?**
- 23. Ist es sinnvoll, Schüler*innen nach nur vier Jahren des gemeinsamen Lernens in Grundschulen auf verschiedene Schulformen zu differenzieren? Würden Sie daran etwas verändern wollen und wenn ja, was?**
- 24. Wie kann die immer noch viel zu hohe Zahl an Schulabbrecher*innen in NRW weiterhin konsequent und nachhaltig gesenkt werden?**
- 25. Wird Ihre Partei die Studiengebühren in NRW wieder einführen?**
- 26. Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Situation bei der Beschulung von Geflüchteten?**
- 27. Was muss aus Sicht Ihrer Partei getan werden, damit die Integration Geflüchteter in unser Bildungssystem nachhaltig gelingen kann?**
- 28. Denkt Ihre Partei, dass mehr Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulen zu besseren Lernbedingungen für Schüler*innen führt?**
- 29. Was halten Sie vom Konzept der völlig kostenfreien Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Universität? Wenn Sie dies befürworten, was wären mögliche Ansätze zur Finanzierung?**

Antwort:

Die CDU Nordrhein-Westfalen berücksichtigt in ihrer Bildungspolitik die Einzigartigkeit, aber auch die Unterschiedlichkeit jedes Menschen mit seinen verschiedenen Anlagen und Begabungen, Interessen, Neigungen und Bedürfnissen, seinem jeweiligen Lerntempo und Leistungsvermögen. Zugleich respektieren wir das Erziehungsrecht und die Wahlfreiheit der Eltern. Aus diesen Gründen stehen wir für ein gegliedertes, vielfältiges und leistungsorientiertes Bildungssystem in allen Schulstufen. Eine Einheitsschule lehnen wir entschieden ab, denn wir sind überzeugt, dass die Unterschiedlichkeit der Kinder auch schulische Vielfalt braucht. Jede Schülerin und jeder Schüler muss den vorhandenen individuellen Neigungen, Interessen und Leistungen gemäß gefördert werden. Dabei ist jeder Schulform und jeder Schule die Möglichkeit zur spezifischen Profilbildung zu eröffnen.

Menschen sind nicht nur unterschiedlich, sondern entwickeln sich auch unterschiedlich schnell. Deshalb wollen wir die Durchlässigkeit des Schulsystems weiter erhöhen. Alle Kinder und Jugendlichen sollen unabhängig davon, in welcher Schulform sie ihre Schulkarriere beginnen und losgelöst von ihrer sozialen Herkunft bzw. dem Bildungshintergrund ihrer Eltern, ihren bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Ebenso muss es immer die Möglichkeit geben, auch zu einem späteren Zeitpunkt einen Schulabschluss nachzuholen.

Neben einer Stärkung des Gymnasiums und der Sicherung des Charakters der Abiturprüfung als Nachweis einer allgemeinen, studienvorbereitenden Hochschulreife streben wir an, dass die Abschlüsse anderer Schulformen wieder verstärkt als geeignete Qualifikationen für Ausbildungsberufe anerkannt werden. Für die CDU Nordrhein-Westfalen beginnt der Mensch nicht erst mit dem Abitur und sein Wert für die Gesellschaft bemisst sich nicht an einem akademischen Grad. Wir erkennen und würdigen deshalb mit Nachdruck unser weltweit einzigartiges System der dualen Ausbildung als optimalen Weg, gesellschaftliche Vielfalt im Bildungswesen abzubilden, Potenziale zu fördern, Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken. Wir wollen dabei die Möglichkeit modularer Ausbildungen fördern.

Gute Bildung schafft Unabhängigkeit, Aufstiegschancen und Wohlstand. Unser Ziel ist es, allen Menschen in Nordrhein-Westfalen ihren individuellen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen und zu sichern. Doch im bundesweiten Schulvergleich ist Nordrhein-Westfalen in den zurückliegenden 40 Jahren unter sozialdemokratischer und grüner Verantwortung für den Bildungsbereich immer weiter zurückgefallen. Praktisch jede Schulform steht vor massiven Problemen, die größtenteils jahrzehntealte strukturelle Ursachen besitzen. Aktuelle Hauptprobleme der nordrhein-westfälischen Schulen sind insbesondere die mangelhafte Umsetzung der Inklusion, der massive Unterrichtsausfall, die systematische Unterfinanzierung bei Personal, Gebäuden und Infrastruktur sowie die schwierige Debatte über ein Abitur nach acht oder neun Gymnasialjahren. Unser Land weist den höchsten strukturell bedingten Unterrichtsausfall (sog. „Kienbaumlücke“), die ungünstigsten Lehrer-Schüler-Relationen und die niedrigsten Bildungsausgaben pro Schüler auf. Zudem sind Schulen, Lehrer und Schüler schlecht auf das digitale Lernen und damit auf die Zukunft vorbereitet. Hinzu kommen ständig neue Belastungen für Schulen und Pädagogen durch immer neue Vorgaben und Erlasse der Landesregierung.

Alle diese Probleme wollen und werden wir lösen. Wir verbannen eine bildungspolitische Ideologie aus den Schulen und analysieren stattdessen sachlich und wissenschaftlich fundiert die Stärken und Schwächen unseres Schulwesens in Nordrhein-Westfalen. Wir werden der Bildung Priorität einräumen und dabei den Fokus auf eine hohe Bildungsqualität setzen. Nordrhein-Westfalen muss wieder bundesweiter Vorreiter und Vorbild in der Bildungspolitik werden.

In den kommenden Jahren wird die Beschulung und soziale Integration zehntausender Flüchtlingskinder eine zusätzliche Herausforderung für die Schulen in Nordrhein-Westfalen bedeuten. Auf diese Herausforderung sind Schulen wie Lehrer durch die rot-grüne Landesregierung jedoch nur unzureichend vorbereitet. Es fehlen zusätzliche Lehrerstellen, Räumlichkeiten und Unterrichtskonzepte.

Wir werden Eingangsklassen für Kinder und Jugendliche ohne jede Deutschkenntnisse als Basis für den anschließenden Besuch des Regelunterrichts bilden und darüber hin-aus schulbegleitende, differenzierte Angebote zum verbesserten Spracherwerb schaffen.

Den Erlass, der Kinder und Jugendliche ohne deutsche Sprachkenntnisse direkt in die Regelklassen schickt, werden wir zurücknehmen.

Dazu werden wir gezielte Zusatzqualifikationen „Deutsch als Fremdsprache“ für Lehrkräfte anbieten. Auch werden wir pensionierte Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrer aktivieren.

Zudem werden wir für eine frühzeitige Feststellung der Potenziale der Kinder und Jugendlichen sorgen, um ihnen eine entsprechende Schullaufbahn an den für sie geeigneten Schulen zu ermöglichen.

Zur Unterstützung der Lehrkräfte wollen wir multiprofessionale Teams aus Psychologen und Schulsozialarbeitern an unseren Schulen einsetzen, die vor allem traumatisierte Kinder und Jugendliche intensiv betreuen können.

Wir werden die Vermittlung historisch-politischer Bildung, speziell der Werte und demokratischen Grundprinzipien unserer Verfassung, zu einem zentralen Bestandteil der Beschulung von Flüchtlingskindern machen, um kulturelle Integration zu erleichtern und Radikalisierungen frühzeitig zu verhindern.

Wir werden geeignete Rahmenbedingungen für berufsschulpflichtige Flüchtlinge schaffen und dabei Berufskollegs, Weiterbildungskollegs, Volkshochschulen und andere Weiterbildungseinrichtungen beteiligen und die Arbeitsvermittlung frühzeitig einbinden. Wir werden die Beschulung von geflüchteten Heranwachsenden ohne Schulabschluss ermöglichen.

Die Wiedereinführung von Studiengebühren lehnt die CDU Nordrhein-Westfalen ab.

Demokratie und Partizipation

30. Steht Ihre Partei hinter der aktuell geltenden Drittelparität in der Schulkonferenz?

31. Wird es unter Ihrer Landesregierung ein Stimmrecht für Schüler*innenvertreter*innen in Fachkonferenzen geben?

32. Fordert Ihre Partei die Absenkung des Wahlalters auf 14 bzw. 16 Jahre und warum (nicht)?

33. Welche Ideen hat Ihre Partei zur Stärkung von Demokratiebildung und gelebter Partizipation an NRWs Schulen?

Antwort:

Die CDU Nordrhein-Westfalen plant keine Änderung an der aktuell geltenden Drittelparität. In den Fachkonferenzen sollen weiterhin diejenigen Stimmrecht haben, die die Lehrbefugnis für das jeweilige Fach besitzen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist unverändert der Auffassung, dass das Wahlalter mit der Volljährigkeit korrelieren sollte.

Die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen trägt entscheidend zur Attraktivität und Lebensqualität in unserem Land bei. Sie stärkt Bürgersinn, schafft Entfaltungsmöglichkeiten, fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirkt identitätsstiftend.

Ohne das freiwillige Engagement so vieler Bürgerinnen und Bürger würde vieles in unserem Land nicht oder nur eingeschränkt funktionieren. Es ist nicht nur eine tragende Säule unserer Gesellschaft, sondern bewahrt den Staat auch vor systematischer Überforderung.

Daher werden wir das ehrenamtliche Engagement stärken und uns dafür einsetzen, dass freiwillige und ehrenamtliche Dienste die entsprechende Anerkennung und Würdigung erfahren. Vor allem Kinder und Jugendliche wollen wir verstärkt motivieren, sich ehrenamtlich zu engagieren. An den Schulen werden wir dafür sorgen, dass die dafür nötigen zeitlichen Freiräume erhalten bleiben.

Inklusion

34. Befürwortet Ihre Partei die Inklusion an allen Schulen und allen Schulformen in NRW?

35. Was sind aktuelle Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen NRWs?

36. Welche Prioritäten sieht Ihre Partei bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen NRWs?

37. Möchte Ihre Partei an der Förderschule als Schulform festhalten?

Antwort:

Die CDU Nordrhein-Westfalen spricht sich für Inklusion in einer vielfältigen Schullandschaft aus, in der die Qualität des Unterrichts zählt. Eine anregende Lernumgebung, gute Lehrer-Schüler-Beziehung, die Vernetzung mit dem Sozialraum und Perspektiven für alle Schülerinnen und Schüler sind für uns Kennzeichen einer guten Schule.

Inklusion bedeutet echte Teilhabe. Dazu muss der Anspruch auf die notwendige personelle und sächliche Unterstützung ernst genommen werden. Die Kompetenzen der Lehrkräfte der allgemeinen Schulen und der sonderpädagogischen Lehrkräfte müssen gleichberechtigt zusammengeführt werden. Das ganze Kollegium benötigt Fortbildungs- und Beratungsmodule. Dies alles enthält Frau Löhrmann vielen betroffenen Schulen und den Schülerinnen und Schülern vor. Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich überfordert und wehren sich. So schadet die Landesregierung der Inklusion.

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt auf die gezielte Unterstützung und den Ausbau von Vorreiterschulen, die mit erprobten Konzepten, ausreichend qualifiziertem Personal und motiviert echte Inklusion fördern.

Förderschulen sollen erhalten bleiben, um allen Eltern ein Wahlrecht und die Chance zu bieten, auch hier auf Qualität zu setzen. Ein Moratorium soll die Förderschulschließungen stoppen.

Vermischtes

38. Wie steht Ihre Partei zum derzeitigen Religionsunterricht?

Antwort:

Gläubig zu sein ist ein Wesensmerkmal des Menschen. Daher unterliegen Glaubensvollzug und religiöse Erziehung nicht dem Zeitgeist. Religiöse Bildung stärkt die gläubige Einstellung der Menschen in unserer Gesellschaft. Zu Erziehung und Bildung gehört aber auch Wertgebundenheit. Ohne Wertorientierung kann unser gesellschaftliches Zusammenleben nicht gelingen. Religion, Glaube und deren Ausübung prägen die Wertorientierung unserer Gesellschaft. Das ist für den Staat unverzichtbar. Insofern ist religiöse Bildung auch im Interesse des Staates. Der bekenntnisorientierte Religionsunterricht ist daher für die CDU Nordrhein-Westfalen ein unerlässlicher Beitrag zur religiösen Erziehung von Kindern und Jugendlichen.

39. Wie können die Globalen Nachhaltigkeitsziele und allgemein die Bildung für nachhaltige Entwicklung mehr Einzug in die Schulen NRW erhalten?

Antwort:

Die komplexer werdende Gesellschaft mit ihren unterschiedlichsten Themen und Problemstellungen war Anlass, in den letzten Jahren diese Themen auch mit Unterstützung der Erziehungswissenschaft als pädagogische Anforderungen an die Schulen zu delegieren. Schule wurde dabei immer mehr zum präventiven und kompensatorischen Reparaturbetrieb, belastet mit immer neuen und zusätzlichen Aufgaben und Inhalten. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule droht zunehmend aus dem Blick zu geraten.

Die CDU Nordrhein-Westfalen wird den Lerninhalt, „Alltagskompetenz, Verbraucherbildung und Ökonomie“ ohne Ausweitung der Stundentafel als verpflichtenden Unterrichtsgegenstand in allen Schulformen einführen und dabei bestehende Lehrpläne auf ihre Anforderungen hin überprüfen. Dazu soll ein pädagogisches Gesamtkonzept entwickelt werden, das die Themen „Alltagskompetenz, Verbraucherbildung und Ökonomie“ für alle Jahrgangsstufen und Schularten modular in dafür geeignete Schulfächer integriert. Inhaltlicher Schwerpunkt ist eine ganzheitliche Alltagsbildung, die Kenntnisse in Ernährungs- und Gesundheitsfragen, hauswirtschaftliche Fertigkeiten, Kenntnisse in wirtschaftlichen Zusammenhängen, Wissen in vorsorgender und nachhaltiger Lebensführung sowie Kompetenz im Umgang mit Geld umfasst.

40. Wie steht Ihre Partei zu Kooperationen von Schulen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen?

Antwort:

Auch die Angebote im Ganztags sollen um den Bereich „Alltagskompetenz, Verbraucherbildung und Ökonomie“ erweitert werden. Außerschulische Lernorte und Kooperationen mit fachlich entsprechenden Einrichtungen und Organisationen sollen dabei eine wichtige Rolle spielen. Auf der Grundlage des Gesamtkonzepts sollen modulare Unterrichtsvorgaben einschließlich der entsprechenden Fortbildungen für die Lehrkräfte entwickelt werden, die als eigenständiger Bereich in die Lehrpläne der geeigneten Fächer aufzunehmen sind.

41. Wie steht Ihre Partei zu genderneutraler Sprache und warum gendern Sie (nicht) in Ihren Wahlprogrammen?

Antwort:

Selbst die Wissenschaft ist sich nicht darüber einig, was „Genderneutralität“ ist. Sprache darf nicht diskriminieren. Sprache ohne Sprecher gibt es nicht. Insofern kommt es immer auf den Gebrauch von Sprache an. Sogar sogenannte „genderneutrale Sprache“ kann sehr diskriminierend gebraucht werden.

42. Wird Ihre Partei an der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr festhalten?

Antwort:

Wenn der schulische Bildungs- und Erziehungsauftrag durch eine Kooperation gefördert und unterstützt wird, ist diese Kooperation im Sinne des Schulgesetzes.

Dies trifft auch auf die Kooperation mit dem Wehrbereichskommando II zu.